



EINLADUNG ZUM FACHPODIUM

Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Erstmals seit Beginn der 2000er ist die Anzahl an Autokratien höher als die Anzahl an Demokratien. Auch in der EU gibt es zunehmende Herausforderungen für die Demokratie, wie Einschränkungen von bürgerlichen und politischen Freiheiten, die in einzelnen Mitgliedstaaten zu beobachten sind.

Sie sind zu einer Fachpodiumsdiskussion eingeladen, in der Sie über diese Entwicklungen debattieren: Droht angesichts der Entwicklungen wie beispielsweise in Polen, Ungarn und Schweden ein Jahrhundert der Autokratien? Was können wir zur Stärkung von Demokratie und Menschenrechten beitragen?

Name: **Kaiser**

Rolle: **Journalist*in**

Rollenbeschreibung

Sie sind Journalist*in und beobachten die zunehmend autoritären Entwicklungen weltweit mit Besorgnis. Sie sind überzeugt davon, dass nicht nur die Zurückhaltung demokratischer Staaten gegenüber Autokratien diese Tendenzen befördert, sondern die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit diesen Staaten jene Entwicklungen verschärft haben.

Bestes Beispiel ist dafür der sogenannte „Flüchtlingsdeal“ der EU mit der Türkei. Nach Ihrer Ansicht ist es Aufgabe der demokratischen Staatengemeinschaft, solidarisch mit den Menschen in autoritären Staaten zu sein, z.B. indem die Einhaltung der Menschenrechte zur Voraussetzung für alle zwischenstaatlichen Beziehungen erklärt wird. Bei Nichteinhaltung befürworten Sie auch Sanktionen, damit die Ernsthaftigkeit des Anliegens verdeutlicht wird.

„Flüchtlingsdeal“:

Der sogenannte „Flüchtlingsdeal“ ist eine Vereinbarung der EU mit der Türkei (2016), die zum Ziel hat, dass weniger Menschen Asyl in Europa beantragen können. Nach der Vereinbarung können Menschen, die auf griechischen Inseln die EU betreten und zuvor die Türkei als Durchgangsland nutzten, in die Türkei abgeschoben werden. Der Türkei wurden im Gegenzug Gelder der EU in Höhe von 6 Milliarden Euro für die Versorgung schutzbedürftiger Personen zugesagt.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte urteilte über den „Flüchtlingsdeal“, dass „[d]ie Vereinbarung in ihrer Umsetzung mit den flüchtlings- und menschenrechtlichen Verpflichtungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht vereinbar“ ist. Grund dafür sei besonders die pauschale Inhaftierung von Schutzsuchenden auf den griechischen Inseln, die mit dem Flüchtlingsdeal einhergeht und gegen das Menschenrecht auf Freiheit verstößt.





Kritik an den Handlungen der EU und Deutschland

Jedoch nicht nur der „Flüchtlingsdeal“ allein, sondern insbesondere die Tatsache, dass die EU wirtschaftlich und politisch mit der Türkei zusammenarbeitet und dabei ihre Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte in ihrer Außenpolitik außer Acht lässt, verärgert Sie. Beispielsweise ist die Türkei erst kürzlich im Jahr 2021 aus dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ausgetreten. Zudem weigert sich die türkische Regierung den Menschenrechtsverteidiger Osman Kavala freizulassen, wie es das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anordnete.

Aufgrund Ihrer Ansicht, dass die Einhaltung der Menschenrechte Voraussetzung für alle zwischenstaatlichen Beziehungen sein sollte, ist Ihnen auch das neue Abkommen über die Lieferung von Flüssiggas zwischen Katar und Deutschland ein Dorn im Auge. Mit einem Land, in dem lebensgefährliche Bedingungen für Gastarbeiter*innen herrschen, Homosexualität gesetzlich verboten ist und Frauen durch Gesetze und im Alltag diskriminiert werden, sollte nicht zusammengearbeitet werden.

